

Das GRÜNE SOZIALBUDGET 2013 - 2014



In Hessen ist es endlich Zeit für eine neue Politik der sozialen Gerechtigkeit. Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern wollen wir unsere Gesellschaft so gestalten, dass alle Menschen – ob alt oder jung, Mann oder Frau, arm oder reich, krank oder gesund, mit oder ohne Behinderung, mit oder ohne Migrationshintergrund und religiös oder nicht – die Möglichkeit haben, Teil der Gesellschaft zu sein. Eine solche Politik der Gerechtigkeit bedeutet eine ermöglichende Sozialpolitik, die das friedliche Zusammenleben vor Ort erleichtert, die Menschen in der Bewältigung der Herausforderungen des Alltags durch vielfältige Angebote guter Qualität unterstützt und ein selbstbestimmtes Leben aller ermöglicht.

Wir wollen weder eine paternalistische oder obrigkeitsstaatliche noch eine Sozialpolitik nach Gutsherrenart oder Kassenlage sondern eine Politik, die einem Kompass folgt, der auf gleiche Freiheit, d.h. die Ermöglichung von Selbstbestimmung und Teilhabe für alle Menschen ausgerichtet ist. Wir wollen eine Sozialpolitik, die die Menschen in ihrer Selbstbestimmung stärkt, sie in ihren eigenen Anstrengungen unterstützt und ihre Vielfalt als Bereicherung für die Gesellschaft anerkennt. Die Leitlinien haben wir in unserem Konzeptpapier „Soziale Gerechtigkeit - Freiheit und Teilhabe für alle Hessinnen und H essen“ beschrieben. Das **GRÜNE SOZIALBUDGET 2013-2014** ist ein Instrument dieses Ziel im Rahmen der Haushaltsmittel des Landes zu erreichen.

Im **GRÜNEN SOZIALBUDGET 2013-2014** setzen wir mit einem deutlichen **Plus von 8,5 Mio. € in 2013 und 5,4 Mio. € in 2014** € mehr als im Haushaltsansatz der CDU/FDP-Landesregierung erneut den Akzent auf den **Ausbau und die Qualitätsverbesserung der frühkindlichen Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungsangebote**. Denn der frühe Zugang zu Bildung und Teilhabe von Klein an legt die Grundlage für Chancengerechtigkeit für das ganze Leben.

In den definierten **neun Fachzielen** des Sozialbudgets werden die Grünen Konzepte „Kindergärten zu Bildungsgärten“ „Barrierefreiheit als universelles Gestaltungsdesign“, „Gesundheit im ländlichen Raum“, „Familien im Mittelpunkt: Handeln statt reden!“ , „Geschlechtergerechtigkeit“ und „Soziale Gerechtigkeit – Freiheit und Teilhabe für alle Hessinnen und Hessen“, aufgegriffen. Durch die Umverteilung der Haushaltsmittel bei den freiwilligen Leistungen und die Erhöhung der Landesmittel um 14,9 Mio. € in 2013 und 12,3 Mio. € in 2014 Mio. € werden die Umsetzung der Ziele ermöglicht und erste Akzente für eine ermöglichende und nachhaltig wirkende Sozialpolitik für die nächsten Jahre gesetzt.

Mit dem **GRÜNEN SOZIALBUDGET 2013-2014** stärken wir durch den gezielten und verantwortungsvollen Einsatz von Landesmitteln die soziale Infrastruktur öffentlicher Institutionen und machen sie zukunftsfest. Durch die verbindliche Festschreibung der Landesmittel über den laufenden Haushalt hinaus erhalten Kommunen und Träger sozialer Dienste Planungssicherheit. Durch Qualitätsstandards, Wirkungsorientierung und Evaluation werden die Mittel effizient und wirkungsvoll eingesetzt. Im Hinblick auf die ab dem Jahr 2020 umzusetzende Schuldenbremse bauen wir mit dem **GRÜNEN SOZIALBUDGET 2013-2014** den notwendigen Schutzschirm für eine ermöglichende Sozialpolitik, die inklusiv, nachhaltig, geschlechter- und generationengerecht erfolgt.

Sozialbudget 2012 (Einzelplan 08)

		Sozialbudget 2013 in €	Haushalt 2013 in €	Differenz in €	Sozialbudget 2014 in	Haushalt 2014 in €	Differenz in €
Fachziel 1	Geschlechtergerechtigkeit herstellen	1 267 500	475 500	792 000	1 267 500	475 500	792 000
Fachziel 2	Kinder in den Mittelpunkt – Familien fördern	220 328 400	211 828 400	8 500 000	123 647 000	118 208 100	5 438 900
Fachziel 3	Jugendlichen beste Startchancen bieten	1 951 000	1 651 000	300 000	1 951 000	1 651 000	300 000
Fachziel 4	Demografischen Wandel gestalten	4 165 000	4 000 000	165 000	4 195 000	3 950 000	245 000
Fachziel 5	Gesundheit fördern	7 270 900	6 670 900	600 000	6 609 300	5 609 300	1 000 000
Fachziel 6	Inklusion für behinderte Menschen als gesellschaftliche Aufgabe etablieren	1 622 000	1 481 000	141 000	1 622 000	1 481 000	141 000
Fachziel 7	Für Soziale Gerechtigkeit – gleichberechtigte Teilhabe für alle Bürgerinnen und Bürger	3 100 000	0	3 100 000	3 100 000	0	3 100 000
Fachziel 8	Arbeitsmarkt sozial gestalten	34 792 400	33 492 400	1 300 000	30 242 000	28 942 000	1 300 000
Fachziel 9	Kommunen in ihren sozialen Aufgaben stärken	13 795 700	13 795 700	0	13 795 700	13 795 700	0
	Summe	288 292 900	273 394 900	14 898 000	186 429 500	174 112 600	12 316 900

Fachziel 1: Geschlechtergerechtigkeit herstellen

- Landesdienst zum gesellschaftlichen Vorbild der Geschlechtergleichstellung entwickeln
- Sicherheit und Schutz von Frauen vor (häuslicher) Gewalt absichern
- Schwangerschaftskonfliktberatung in guter Qualität sicherstellen

GRÜNE Produkte	HH 13 in €	SB 13 in €	HH 14 in €	SB 14 in €	Bemerkungen
Gleichstellungsmaßnahmen	158 000	200 000	158 000	200 000	Den öffentlichen Dienst als Vorbild bei der Beseitigung von Hemmnissen gegen und bei der Erarbeitung neuer Konzepte für Geschlechtergerechtigkeit etablieren sowie Maßnahmen erproben, die zu mehr Geschlechtergerechtigkeit führen. Modelle und Initiativen für Gender Kompetenz fördern (siehe Konzeptpapier „Geschlechtergerechtigkeit“).
Landesweiter Schutz von Frauen vor Gewalt	317 500	567 500	317 500	567 500	Maßnahmen zur Umsetzung des Aktionsplans zum Schutz vor häuslicher Gewalt für alle Frauen in Notsituationen (auch Interventionsstellen). Finanzierung der Beratungsstellen für Opfer von Menschenhandel (FRANKA, FiM).
Schwangerschaftskonfliktberatung		500 000		500 000	Notwendige zusätzliche Mittel zur Gewährleistung des pluralen Angebots der Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen. Zuschuss für Personal und Stärkung der interkulturellen Kompetenz.
SUMME	475 500	1 267 500	475 500	1 267 500	
Mehrausgaben SB gegenüber Haushalt		792 000		792 000	

Fachziel 2: Kinder in den Mittelpunkt – Familien fördern

- Bildung, Betreuung und Erziehung von Anfang an
- Qualität in der frühkindlichen Bildung fördern (Kindergärten zu Bildungsgärten, Umsetzung Bildungs- und Erziehungsplan)
- Kinderschutz ausbauen
- Fachkräftemangel begegnen
- Familien mit Kindern fördern und stärken -
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Eltern ermöglichen

GRÜNE Produkte	HH 13 in €	SB 13 in €	HH 14 in €	SB 14 in €	Bemerkungen
Bildung, Betreuung und Erziehung für Kinder von Anfang an Qualität in der Kinderbetreuung verbessern	74 420 600	74 420 600	85 581 700	85 581 700	1. Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab dem ersten Lebensjahr umsetzen. Der Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz ist die Voraussetzung dafür, dass Kinder früh gefördert und unterstützt werden und dass Mütter und Väter von kleinen Kindern tatsächlich Beruf und Familie miteinander vereinbaren können. Die Finanzierung der Plätze erfolgt wie 2012 im KFA. Hierzu werden dem KFA Mittel in Höhe 59,23 Mio. Euro in 2013 und von 71,33 Mio. € in 2014 zugeführt. 2. Die verbleibenden Mittel dienen der Qualitätsverbesserung der Betreuungsplätze, auch der Unterstützung der Entwicklung der Kindergärten zu Bildungsgärten (Konzeptpapier Kindergärten zu Bildungsgärten). Finanzierung bestehender Hortplätze und Schülerläden.
Bonusprogramm für einen beschleunigten und qualitätsvollen U3-Ausbau	8 100 000	8 100 000	0	0	Das Programm ist bis 2013 befristet.
Für die Investitionskostenförderung des Krippenausbaus	26 166 400	26 166 400	0	0	Durchleitung der Bundesmittel, das Programm endet 2013.
Investitionsprogramm Ausbau U3 Plätze neu	83 500 000	83 500 000	16 500 000	16 500 000	Neues Programm für 2013/2014 mit Landes- und neuen Bundesmitteln.
Flächendeckende Umsetzung des Bildungs- und Erziehungsplans ermöglichen, Modellversuch QSV	6 350 000	6 350 000	3 350 000	5 000 000	Mehr Tandemvereinbarungen Kitas und Grundschulen ermöglichen, Fortbildungsprogramm für Erzieherinnen und Erzieher ausweiten, Finanzierung des zweijährigen Modellversuchs QSV.

Aktionsprogramm Mehr Erzieherinnen und Erzieher		1 500 000		1 500 000	Mit dem Aktionsprogramm sollen in Kooperation mit den Kommunen, den Trägern und der Regionaldirektion regionale Konzepte zum Wiedereinstieg, Ausweitung der Arbeitszeiten etc. erarbeitet und umgesetzt werden. Ein Modellversuch duale Ausbildung soll erprobt werden.
Notprogramm zur Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Kinderbetreuung		5 000 000			
Familienbudget	4 613 000	4 613 000	4 098 000	4 098 000	1. Landesweites Programm zur Einführung einer Kompetenzerfassung im Kindergarten; 2. Umsetzung eines flächendeckenden Netzwerkes zur Stärkung der Elternkompetenz (einschließlich Familienschulen; 2. Weiterentwicklung der Kindertagesstätten zu Familienzentren fördern; 3. Finanzierung des Koordinationsbüros Mütterzentrum Langen, Förderung der Familienverbände, des Kinderschutzbundes, etc.; 4. Familienkarte weiterentwickeln; 5. Investitionszuschüsse für Modellvorhaben (siehe Konzeptpapier Familien im Mittelpunkt: Handeln statt reden).
Weiterentwicklung der Familienkarte zur Teilhabekarte		500 000		500 000	Kinder und Jugendliche aus kinderreichen Familien und von Alleinerziehenden sind von der gleichberechtigten Teilhabe am Leben in vielen Bereichen ausgeschlossen. In Kooperation mit den Kommunen sollen Maßnahmen der Familienkarte und des Bildungs- und Teilhabepakets gebündelt und gezielter eingesetzt werden. (Siehe auch Familienbudget und Konzeptpapier soziale Gerechtigkeit)
Sprachförderung für Kinder	3 500 000	5 000 000	3 500 000	5 000 000	Ausweitung der Sprachförderung auf Kinder im ersten und zweiten Kindergartenjahr.
Kinderschutzmaßnahmen intensivieren Präventionsmaßnahmen und frühe Hilfen ausbauen Bundesinitiative Netzwerk Familienhebammen	3 028 400 2 150 000	5 178 400	3 467 300 2 000 000	5 467 300	1. Ausbau der frühen Hilfen und Förderung der Vernetzung der Angebote der Gesundheit und Jugendhilfe; 2. Vermeidung von Vernachlässigung und Misshandlung von Kindern durch niedrigschwellige Beratungsangebote, Kriseninterventionsangebote; 3. Umsetzung Bundesinitiative Familienhebammen zur Prävention von Gewalt in der Familie.
SUMME	211 828 400	220 328 400	118 208 100	123 647 000	
Mehrausgaben SB gegenüber Haushalt		8 500 000		5 438 900	

Fachziel 3: Jugendlichen beste Startchancen bieten

- Den internationalen Jugendaustausch stärken
- Alternativen zum Strafvollzug anbieten, Straffälligkeit und Gewalt vorbeugen
- Integrative Jugendarbeit unterstützen und jugendliche Spätaussiedler fördern
- Erleichterung des Zugangs Jugendlicher zu unabhängiger Hilfe und Beratung

GRÜNE Produkte	HH 13 in €	SB 13 in €	HH 14 in €	SB 14 in €	Bemerkungen
Maßnahmen der internationalen Jugendarbeit	190 000	190 000	190 000	190 000	
NEU Programm „Gewalt ist keine Lösung“	-	250 000	-	250 000	Prävention von Jugendgewalt und Straffälligkeit von Jugendlichen.
Jugendarbeit und Partizipation	231 000	231 000	231 000	231 000	Juleica, Zuschüsse an Landesarbeitsgemeinschaften, Girls'Day, etc.
Fortbildungsmaßnahmen in der Kinder- Jugendhilfe	70 000	70 000	70 000	70 000	
Soziale Arbeit für Aussiedler	600 000	600 000	600 000	600 000	Unterstützung der Integrativen Jugendarbeit und allg. Integrationsarbeit der Vertriebenen-Verbände.
Förderung von Integrationsmaßnahmen	560 000	560 000	560 000	560 000	Insbesondere für jugendliche Spätaussiedler.
NEU Erleichterung des Zugangs Jugendlicher zu unabhängiger Hilfe und Beratung		50 000		50 000	Unterstützung und Bewerbung von existierenden unabhängigen Beschwerde- und Beratungsstellen für Jugendliche.
SUMME	1 651 000	1 951 000	1 651 000	1 951 000	
Mehrausgaben SB gegenüber HH		300 000		300 000	

Fachziel 4: Den demografischen Wandel aktiv gestalten

- Familien mit älteren und pflegebedürftigen Angehörigen entlasten und unterstützen
- Voraussetzungen für individuelles Wohnen schaffen - ein selbst bestimmtes und würdiges Leben in allen Wohnformen ermöglichen
- die Teilnahme am öffentlichen, sozialen und kulturellen Leben von älteren Menschen fördern
- den demografischen Wandel gemeinsam und nachhaltig mit den Kommunen vor allem im ländlichen Raum gestalten
- Bürgerschaftliches Engagement aller Generationen unterstützen Gemeinwohlorientierung und Selbstorganisation unterstützen.

GRÜNE Produkte	HH 13 in €	SB 13 in €	HH 14 in €	SB 14 in €	Anmerkungen
Zuschüsse für niedrigschwellige Beratungs-, Betreuungs- und Unterstützungsangebote für Familien mit demenziell erkrankten Angehörigen	670 000	670 000	620 000	700 000	Ergänzende Leistungen des Landes zur Weiterentwicklung der Versorgungsstrukturen gemäß SGB XI; mehr aufgrund steigender Fallzahlen.
Generationenübergreifendes und innovatives Wohnen für Ältere unterstützen					Umsetzung durch barrierefreies Bauen (siehe Konzeptpapier Barrierefreiheit). Finanzierung über die im KFA zur Verfügung stehenden Mittel (Haushaltsansatz jeweils 15,25 Mio. €)
Teilhabe älterer Menschen am sozialen Leben Gestaltung des demografischen Wandels	870 000	975 000	870 000	975 000	1. Unterstützung Seniorenvertretungen etc.; 2.Förderung von Maßnahmen zur Umsetzung der Empfehlungen der Enquetekommission Demografischer Wandel.
Bürgerschaftliches Engagement (inkl. Preise & Auszeichnungen)	2 400 000 60 000	2 520 000	2 400 000 60 000	2 520 000	Unterstützung und Qualifizierung bürgerschaftlichen Engagements, Schwerpunktsetzung auf Maßnahmen zur Gestaltung des demografischen Wandel (Migration, Familie, Alter und ländlicher Raum)
SUMME	4 000 000	4 165 000	3 950 000	4 195 000	
Mehrausgaben SB gegenüber HH		165 000		245 000	

Fachziel 5: Gesundheit fördern

- Den öffentlichen Gesundheitsdienst in der regionalen Gesundheitsversorgung stärken
- Nachhaltige Prävention und Gesundheitsförderung für alle Generationen ausbauen
- Suchtprävention und Suchthilfeangebote bedarfsgerecht anbieten
- Aus- Fort und Weiterbildung in Gesundheitsberufen entsprechend steigender Nachfrage und Vielfalt sicherstellen
- Reform der Pflegeausbildung unterstützen - gute Ausbildung von Fachpersonal in ausreichendem Maße sicherstellen

GRÜNE Produkte	HH 13 in €	SB 13 in €	HH 14 in €	SB 14 in €	Bemerkungen
Landesweite Koordination von Suchtprävention und Suchthilfe	1 200 000	1 200 000	1 200 000	1 200 000	Stärkung der Vernetzung, der regionaler Kooperation und Innovation.
Aufbau regionaler Gesundheitsplanung und integrierter Konzepte	689 000	889 000	689 000	889 000	Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes: Haus der Gesundheit etablieren, Stärkung der regionalen Gesundheitskonferenzen (siehe Konzeptpapier Gesundheit im ländlichen Raum).
Gesundheitsförderung und Prävention	2 660 000	2 660 000	2 660 000	2 660 000	Finanzierung HAGE, LV AIDS Hilfe und FFGZ; AIDS-Aufklärung, Finanzierung von KASA.
Gesundheitsberufe fördern, Pflegenotstand verhindern	896 900	896 900	760 300	760 300	Incl. Zuwendungen an Aus- und Weiterbildungsstätten, Fortbildung in New-Public-Health (Teilkompensation der Wegfallenden EU-Mittel).
Reform der Alten- und Krankenpflegeausbildung	-	80 000	-	80 000	Konzeptionelle Weiterentwicklung der Alten- und Krankenpflegeausbildung aus hessischer Sicht (Neuregelung auf Bundesebene).
Aufbau einer Pflegekammer Hessen		320 000		320 000	Unterstützung der Entwicklung des Berufsbildes Pflege.
Med. Versorgung ländlicher Raum sichern Modellprojekt Gemeindepflege	600 000	600 000	200 000	600 000	Anschubfinanzierung der Gemeindepflege in Kooperation mit Krankenkassen in Höhe von 200 000 € (siehe Konzeptpapier Gesundheit im ländlichen Raum)
Gesundheitliche Versorgung von Gewaltopfern	625 000	625 000	100 000	100 000	(Das Bewilligungsvolumen sinkt, da neue Verträge mit längerer Wirkung in 2013 geschlossen werden) Spezielle Maßnahmen und Angebote zur Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung von Gewaltopfern
SUMME	6 670 900	7 270 900	5 609 300	6 609 300	
Mehrausgaben SB gegenüber HH		600 000		1 000 000	

Fachziel 6: Die Inklusion von behinderten Menschen als gesellschaftliche Aufgabe etablieren

- Inklusion von Menschen mit Behinderungen von Geburt an in allen Lebensbereichen ermöglichen
- Menschen mit Behinderungen vor sexueller Gewalt schützen
- Selbsthilfeorganisationen stärken
- Barrierefreie Sozialräume schaffen - neue Wohnkonzepte unterstützen

GRÜNE Produkte	HH 13 in €	SB 13 in €	HH 14 in €	SB 14 in €	Bemerkungen
Umsetzung der UN Behindertenrechtskonvention neu	400 000	400 000	400 000	400 000	Aktionsplan barrierefreies Hessen. Beteiligung der Verbände bei der Umsetzung der UN-BRK , Förderung der Bewusstseinsbildung (siehe Konzeptpapier Barrierefreiheit). Ausbau barrierefreier Zugänge von Frauenhäusern und Beratungsstellen für Frauen.
Menschen mit Behinderungen vor sexueller Gewalt schützen, insbesondere Frauen		100 000		100 000	Ergänzende Untersuchung zu bereits bestehenden Studien in Kooperation mit Universitäten
Frühförderung Behinderter	800 000	800 000	800 000	800 000	Unterstützung der interdisziplinären Arbeit sowie der Qualitätsentwicklung der Frühförderung.
Förderung von Behindertenverbänden	222 000	222 000	222 000	222 000	Unterstützung der Arbeit der Behindertenverbände.
Förderung barrierefreier Sozialräume					Neben der Förderung von ambulanten und barrierefreien Angeboten soll die Förderung barrierefreier Sozialräume erfolgen, die ein selbstbestimmtes Leben von Menschen mit Behinderungen und ein barrierefreies Miteinander in den Kommunen ermöglichen. Vernetzung bestehender Angebote und der Förderung von organisatorischen und technischen Maßnahmen. Finanzierung über die im KFA zur Verfügung stehenden Mittel (Konzeptpapier Barrierefreiheit).
Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements im Betreuungsrecht	59 000	100 000	59 000	100 000	Anstieg der Fallzahlen im Betreuungsrecht
SUMME	1 481 000	1 622 000	1 481 000	1 622 000	
Mehrausgaben SB gegenüber HH		141 000		141 000	

Fachziel 7: Für soziale Gerechtigkeit – gleichberechtigte Teilhabe für alle Bürgerinnen und Bürger

- Sozialberichterstattung weiterentwickeln
- Kinderarmut bekämpfen – Armut verhindern
- Kommunen bei der Schuldnerberatung unterstützen - Soziale Krisen vermeiden, Beratungs- und Unterstützungsangebote absichern
- Soziales Zusammenleben im Stadtteil fördern

GRÜNE Produkte	HH 13 in €	SB 13 in €	HH 14 in €	SB 14 in €	Bemerkungen
Kommunale und Landesozialberichterstattung zu einem Armuts- und Reichtumsbericht weiterentwickeln					Nächster Bericht wird 2016 erstellt, dann erst haushaltsrelevant.
Schuldnerberatung und Prävention	-	2 000 000	-	2 000 000	Die Landesmittel für Schuldnerberatungsstellen gewährleisten eine frühzeitige und bedarfsgerechte Schuldnerberatung, die die Verfestigung von Armut verhindern hilft .
Landesweite Förderung von Maßnahmen in sozialen Brennpunkten	-	1 100 000	-	1 100 000	Nichtinvestive Mittel für das HEGISS Programm; das Programm dient insbesondere der Unterstützung von Bildungs- und Familienberatungsangeboten sowie Erziehungshilfen in sozialen Brennpunkten und benachteiligten Stadtteilen.
Förderung nationaler Minderheiten – Sinti und Roma	166 300	166 300	166 300	166 300	Finanzierung der Arbeit des Landesverbandes (der LV fordert die Budgetierung im Haushalt der Staatskanzlei, daher hier nur Merkposten).
SUMME		3 100 000		3 100 000	
Mehrausgaben SB gegenüber HH		3 100 000		3 100 000	

Fachziel 8: Den Arbeitsmarkt sozial gestalten

- Gebietskörperschaften bei der Vermittlung von ALG II-EmpfängerInnen in Arbeit (SGB II) unterstützen
- Integriertes Arbeits- und Ausbildungsprogramm entwickeln
- Sozialen Arbeitsmarkt aufbauen
- Dem Fachkräftemangel begegnen
- Allen Jugendlichen eine Ausbildung ermöglichen
- Erwerbstätigkeit von Frauen fördern

GRÜNE Produkte	HH 13 in €	SB 13 in €	HH 14 in €	SB 14 in €	Bemerkungen
Zukunftsbudget Ausbildungs- und Arbeitsmarktprogramme ZAAP	33 492 400	33 492 400	28 942 000	28 942 000	1.Grundsätzliche Neustrukturierung der Hessischen Ausbildungs- und Arbeitsmarktprogramme; 2. Allen Jugendlichen eine Ausbildung ermöglichen durch Verbesserung der Unterstützung beim Übergang Schule-Beruf; 2. Fokussierung auf präzise Ergänzung kommunaler ausbildungs- und arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen; 3.Neu: Förderung der Erwerbstätigkeit von Frauen durch eine Landesinitiative „Frauen und Wirtschaft“.
Programm „Sozialer Arbeitsmarkt“	-	1 300 000	-	1 300 000	Komplementärmittel des Landes zur Schaffung von langfristigen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen als Förderleistung im Rahmen des SGB II, die in Zusammenarbeit mit Kreisen und Kommunen geschaffen werden.
SUMME	33 492 400	34 792 400	28 942 000	30 242 000	
Mehrausgaben SB gegenüber HH		1 300 000		1 300 000	

Fachziel 9: Die Kommunen in ihren sozialen Aufgaben stärken

Gerechte Teilhabe für alle entscheidet sich maßgeblich vor Ort in den Kommunen. Kommunen sind aufgrund ihrer Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern und ihren vielfältigen Angeboten zusammen mit den Wohlfahrtsverbänden besonders geeignet individuelle Hilfestellung in schwierigen Lebenslagen zu geben. Für uns setzt deshalb eine ermöglichende Sozialpolitik eine Stärkung der sozialen Aufgaben der Kommune voraus. Wir setzen uns ein für einen handlungsfähigen Staat und starke öffentliche Institutionen, die soziale Barrieren abbauen und Menschen in einem selbstbestimmten Leben unterstützen. Dafür brauchen wir eine Neuorientierung in den sozialpolitischen Verantwortlichkeiten von Bund, Land und Kommunen und klare Definitionen der sozialen Aufgaben auf Landesebene und den Kommunen.

Wir setzen uns deshalb für einen neuen Sozialvertrag zwischen dem Land, den Kommunen und den Wohlfahrtsverbänden ein. Die Kommunalisierung sozialer Hilfen wollen wir vor diesem Hintergrund neu ausrichten um die vorhandenen Finanzmittel zielgerichtet und ergebnisorientiert einzusetzen. Um alle Kommunen in die Lage zu versetzen ihre Aufgaben wahrnehmen zu können wollen wir den Kommunalen Finanzausgleich modernisieren und ihn zu einem leistungsfähigen Finanzverbund ausbauen. (Siehe Konzeptpapier „Hessen Kommunen fair finanzieren“.

GRÜNES Produkt	HH 13 in €	SB 13 in €	HH 14 in €	SB 14 in €	
Kommunalisierung sozialer Hilfen	13 795 700	13 795 700	13 795 700	13 795 700	
Summe	13 795 700	13 795 700	13 795 700	13 795 700	
Mehrausgaben SB gegenüber HH		-		-	